

Sechs Forderungen an die Regierung

Heute ist Kantonsrat und wir diskutieren die zweite Lesung der Steuergesetzrevision. Nach reiflicher Überlegung befürwortet die CVP-Fraktion grossmehrheitlich die Steuergesetzrevision 2011, so wie die WAK diese dem Parlament vorschlägt. Der Fraktions-Entscheid ist uns nicht leicht gefallen. Daher stellen wir sechs Forderungen auf, an die sich die Regierung in den kommenden Jahren halten sollte. Diese sechs Forderungen formuliere ich im Rahmen einer Fraktionserklärung, welche ich hier etwas vornewegnehme.

Unser Ja zur Steuergesetzrevision hat zum einen etwas mit der Glaubwürdigkeit der Politik zu tun. Wir haben den Luzernerinnen und Luzernern versprochen, die Schulden abzubauen und die Steuern zu senken. Das haben wir getan und wir wollen es weiter tun. Wir sind verlässliche Partner für Volk und Wirtschaft.

Das ist das Eine. Das Andere ist die aktuelle wirtschaftliche Lage.

Obwohl die Aussichten der Binnenwirtschaft relativ positiv eingeschätzt werden, wird die Wirtschaftskrise auch im Kanton Luzern schwerwiegende Auswirkungen haben: Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, höhere Sozialausgaben und sinkende Steuereinnahmen.

Nicht nur das: Die Hiobsbotschaften aus der Finanz- und Wirtschaftswelt verunsichern die Menschen ebenso wie die Ratlosigkeit der Fachleute. Bis heute scheint niemand einen Ausweg aus der Krise zu kennen.

Können wir uns in der aktuellen Situation die Steuergesetzrevision 2011 leisten?

Unsere wirtschaftlichen Probleme beinhalten im Wesentlichen zwei zentrale Aspekte

Erstens: Wir verdienen einen erheblichen Teil unseres Volkseinkommens mit dem Export von Waren und Dienstleistungen ins Ausland. Im Ausland ist die Nachfrage eingebrochen. Deshalb haben in erster Linie unsere exportabhängigen Unternehmen Probleme. Dort fehlen Aufträge, dort fehlt Geld, dort sind Arbeitsplätze gefährdet.

Zweitens: Auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation geht die Binnennachfrage markant zurück. Die Menschen machen grundsätzlich das Richtige. In unsicheren Zeiten schränken sie ihren Konsum ein, verzichten auf Käufe und Investitionen. Sie warten auf bessere Zeiten. Daher haben auch Unternehmen, die sich mit dem Handel und dem Verkauf von Gebrauchsgütern befassen, erhebliche Umsatz- und Gewinneinbussen hinzunehmen. Auch dort sind Arbeitsplätze gefährdet.

Diese beiden Aspekte werden verstärkt durch das fehlende Vertrauen der Banken untereinander und deren - durchaus nachvollziehbare - Vorsicht gegenüber ihren Kreditnehmern. Damit geraten auch gesunde Unternehmen in Schwierigkeiten.

Kurz: Unsere Probleme heissen fehlende Kredite, weniger Exporte, steigende Arbeitslosigkeit, sinkender Konsum und Verunsicherung der Bevölkerung.

Auf diesem Hintergrund erachten wir die Steuergesetzrevision als vertretbar und sinnvoll. Sie wird zwar unsere wirtschaftlichen Probleme nicht lösen, aber sie belässt kurzfristig mehr Geld bei den Konsumenten und Unternehmen.

Sie ist konsumfreundlich, Arbeitsplatz sichernd und damit Konjunktur fördernd. Überdies verbessern wir damit unsere Chancen, von einem späteren wirtschaftlichen Aufschwung profitieren zu können.

Wer das Referendum gegen die Steuergesetzrevision ergreift, muss sich daher den Vorwurf gefallen lassen, die aktuelle Wirtschaftskrise falsch zu beurteilen und damit Arbeitsplätze zu gefährden.

Nun zu unseren Vorgaben für die nächsten Jahre (im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2008, dem überarbeiteten IFAP 2009-2013, dem Budget 2010 und dem dazugehörigen IFAP).

Meine Fraktion würde es begrüßen, wenn der Finanzdirektor zu unseren Forderungen kurz Stellung nehmen könnten.

Erstens: Wir halten nichts von gross angerichteten Konjunkturprogrammen nach dem Giesskannen-Prinzip. Wir erachten das im Rahmen der Dulliker-Gespräche vereinbarte 40-Millionen-Paket als vorerst ausreichend.

Zweitens: Wir verlangen, dass die Ertragsüberschüsse 2008 und 2009 vollumfänglich als Schwankungsreserve dem Eigenkapital zugewiesen werden. Nur so besteht die Möglichkeit, in den schwierigen Jahren 2010 und 2011 von diesen Reserven zu zehren und eine allfällig notwendige Neuverschuldung zu kompensieren. Kurz: Wir wollen mit den Überschüssen von heute, die Schulden von morgen bezahlen.

Drittens: Das heute gültige Finanzleitbild verlangt, dass der Kanton keine neuen Schulden machen darf. Diese Vorgabe ist härter, als dies das aktuelle Finanzhaushaltgesetz vorsieht. Das ist grundsätzlich richtig und hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. § 9a des Finanzhaushaltgesetzes schreibt vor, dass in jedem Voranschlag ab dem Jahr 2000 ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 80 Prozent erreicht werden muss.

Damit der Kanton Luzern die notwendigen Investitionen tätigen kann, soll die bisherige Vorgabe des Selbstfinanzierungsgrades - zeitlich limitiert - auf die gesetzlich vorgeschriebene Marke von 80 Prozent gesenkt werden können. Diese tiefere Vorgabe soll erstmals für den Voranschlag 2011 gelten und bei der Inkraftsetzung des revidierten Finanzhaushaltgesetzes 2012 überprüft und - sofern sich ein Ende der Rezession abzeichnet - neu definiert werden, um die Schulden wieder abzubauen.

Viertens: Regierung und Parlament verzichten in den nächsten Jahren auf die „Reservierung“ von Finanzmitteln für allgemeine Zwecke. Sie bemühen sich, die knappen Mittel gezielt einzusetzen und gemeinsam die wichtigen, nachhaltigen und zukunftssträchtigen Projekte zu definieren. Dazu gehören unter anderen der Seetalplatz und der Tiefbahnhof Luzern. Diese konkreten Projekte werden auf dem ordentlichen Weg beraten, bewilligt und finanziert.

Fünftens: Wir wünschen uns eine klare Vorwärtsstrategie der Wirtschaftsförderung und gleichzeitig eine stärkere Anbindung an das „Netzwerk Zürich“.

Sechstens: Mit der Steuergesetzrevision werden die Gemeinden erheblich belastet. Wir wünschen daher, dass diesen in den nächsten Jahren keine zusätzlichen Kosten aufgebürdet werden. Wir erwarten, dass die Regierung bereit ist, über die Kostenteiler in den Bereichen Sozialhilfe, Pflegefinanzierung und Bildung zu diskutieren.

Überdies erwarten wir, dass der Regierungsrat unter dem Druck der wirtschaftlichen Situation keinen Strategiewechsel vornimmt, sich auf das Wesentliche konzentriert, auf Wünschbares verzichtet und unsere grossen Ziele - starke Zentren für einen starken Kanton, wettbewerbsfähiges Bildungs- und Gesundheitsangebot, Sicherstellung von Mobilität und Erreichbarkeit sowie gesunde Staatsfinanzen - nicht aus den Augen verliert.

Dieser Beitrag wurde von Guido Graf am 09.03.2009 veröffentlicht und wurde unter Kanton, Finanzen, Wirtschaft abgelegt. Du kannst die Kommentare zu diesem Eintrag durch den RSS 2.0 Feed verfolgen. Du kannst einen Kommentar schreiben, oder einen [Trackback](#) auf deiner Seite einrichten.

Einen Kommentar schreiben

Name *

E-Mail *

Website

Bitte hier den Code reinkopieren:

eintragen

* Pflichtfelder